Stadt Oberhausen	**06.12.2012 15:00 Uhr**	**Umweltausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**

Sitzung des Umweltausschusses

Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Anwesende

Frau Nuran Ilhan	bis 16:10 Uhr
Frau Anne Janßen	
Herr Werner Nakot	
Herr Dirk Vöpel	
Herr Karl-Heinz Emmerich	
Herr Manfred Flore	
Herr Jürgen Grefermann	
Herr René Pascheberg	
Herr Ulrich Real	
Herr Horst Wolter	
Herr Frank Bandel	
Herr Denis Osmann	
Frau Georgis Schmidt	
Herr Frank H. Rudolph	für Michael Helmrich
Frau Regine Winkels	bis 16:00 Uhr
Herr Norbert Axt	
Herr Peter Pléw	
Herr Martin Goeke	für Jürgen Dittmeyer
Herr Gerd Arlt	für Thomas Kattler

Abwesende

Herr Arndt Barkowsky
Herr Michael Helmrich
Herr Jürgen Dittmeyer
Herr Thomas Kattler

Verwaltung

Frau Beig. Sabine Lauxen	Dezernat 4
Herr Beig. Frank Motschull	Dezernat 2
Herr Helmut Czichy	Bereich 2-2
Frau Sabina Scholz	Fachbereich 2-2-40
Herr Ralf Katernberg	Bereich 1-1
Herr Wolfgang Tingler	Bereich 6-1
Herr Roland Fitze	Bereich 6-1
Herr Frank Bohnes	Bereich 2-4
Herr Horst Ohletz	Bereich 2-4

Stadt Oberhausen	**06.12.2012 15:00 Uhr**	**Umweltausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
Sitzung des Umweltausschusses Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Gäste

Herr Jürgen Farsbotter	TÜV Nord
Herr Ralf Langnese	Fraktion Die Grünen
Herr Armin Röpell	Fraktion Die Grünen
Frau Maria Guthoff	WBO / GMVA

- Vertreter/innen der Medien -

Stadt Oberhausen	**06.12.2012 15:00 Uhr**	**Umweltausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
Sitzung des Umweltausschusses Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Bestimmung des Ausschussmitgliedes für die Berichterstattung im Rat

2. Erlass der Abgabesatz-Satzung 2013 der Stadt Oberhausen
   Vorlage: B/15/2418-01

3. Friedhofssatzung
   Vorlage: B/15/2409-01

4. Änderung der Gebührentarife für die Friedhöfe der Stadt Oberhausen (Friedhofsgebührensatzung)
   Vorlage: B/15/2444-01

5. Vorberatung Haushalt 2013

6. Haushaltssanierungsplan 2013 ff.
   Vorlage: B/15/2400-01

7. 8. Änderungssatzung zur Feuerwehrsatzung der Stadt Oberhausen
   Vorlage: B/15/2437-01

8. Änderung der Taxen- und Tarifordnung
   Vorlage: B/15/2441-01

9. Änderung der Volksfestsatzung
   Vorlage: B/15/2454-01

10. Störfallbetriebe in Oberhausen
    Konsequenzen aus der Seveso-II-Richtlinie für die Bauleitplanung und die Genehmigungspraxis bei Bauvorhaben
    Vorlage: M/15/2458-01

11. Konsequenzen des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz für die kommunale Abfallwirtschaft
    Vorlage: M/15/2464-01

12. Vollzug der Baumschutzsatzung im privaten Bereich für das Jahr 2011
Vorlage: M/15/2366-01

13. Vollzug der Baumschutzsatzung im öffentlichen Bereich für das Jahr 2011
Vorlage: M/15/2428-01

Stadt Oberhausen	**06.12.2012 15:00 Uhr**	**Umweltausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
Sitzung des Umweltausschusses **Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen**		

Die Vorsitzende, Anne Janßen, eröffnet um 15.00 Uhr die 20. Sitzung des Umweltausschusses und begrüßt die anwesenden Mitglieder, Vertreter/innen der Verwaltung, die Gäste und Medienvertreter/innen.

Die Einladungen zur Sitzung sind ebenso wie die Beratungsvorlagen form- und fristgerecht zugeleitet worden.

Sie stellt die Beschlussfähigkeit des Umweltausschusses fest.

Einwendungen zur Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Bestimmung des Ausschussmitgliedes für die Berichterstattung im Rat

Berichterstatter im Rat ist René Pascheberg.

2. Erlass der Abgabesatz-Satzung 2013 der Stadt Oberhausen Vorlage: B/15/2418-01

Die Vorsitzende bittet Herrn Katernberg um einführende Worte.

Aus Sicht von Herrn Katernberg gibt es 3 wesentliche Botschaften zum Thema Abfallgebühren. Die Gebühren bleiben 2013 stabil, die Bürger brauchen vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion zur Preiskalkulation bei der GMVA und ggf. daraus resultierend zu hoch festgesetzter Gebühren, nicht gegen die im Jahresbescheid 2013 festgesetzten Abfallgebühren zu klagen, weil die Bescheide eine Vorbehaltsklausel enthalten. Die zur Zeit laufende Preisprüfung durch die Bezirksregierung dauert noch an. Auf der Grundlage der dann vorliegenden Ergebnisse wird die Stadt Oberhausen die Abfallgebühren neu kalkulieren, eine neue Abgabesatz-Satzung erlassen und neue Bescheide erstellen.

Die FDP-Fraktion ist mit der Höhe der Entwässerungs- und Straßenreinigungsgebühren nicht einverstanden, so Herr Arlt.
Herr Katernberg erklärt dazu, dass die steigenden Entwässerungsgebühren vor allem auf den Emscherumbau und damit verbundener Umlagenerhöhung zurückzuführen sind, und erläutert die Regeln für die Zinssätze.

Die Vorsitzende stellt fest, dass die Drucksache B/15/2418-01 vorberaten ist.

3. Friedhofssatzung Vorlage: B/15/2409-01

Herr Vöpel begrüßt die Anpassung der Satzung an das faktische Bestattungsverhalten und in Konsequenz daraus die Einführung der neuen Bestattungsart „Urnengemeinschaftsgräber“.
Die SPD-Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Auch Herr Bandel schließt sich dem an. Auf seine Nachfrage hin erinnert Herr Bohnes daran, dass der Rat der Stadt bereits 2006 eine umfangreiche Entwidmung nicht benötigter Friedhofsflächen beschlossen hat. Nachbelegungsrechte und Belegungszeiten von 20 bis 30 Jahren lassen eine genaue zeitliche Festlegung der Rückführung und Reduzierung von Flächen nicht zu.

Herr Beigeordneter Motschull macht am Beispiel des Landwehrfriedhofs deutlich, dass es Ziel ist, die Bestattungsflächen auf den inneren Kern der Friedhöfe zu konzentrieren. Er appelliert an alle Stadtverordneten, den Bedarf an Friedhofsflächen und den mittelfristigen Verzicht auf einzelne Friedhöfe durch Ruhendstellung zu bedenken.

Herr Axt ist für den Erhalt der nicht mehr benötigten Friedhofsflächen als Grünflächen.

Auf Nachfrage von Herrn Arlt erläutert Herr Beigeordneter Motschull, dass in Oberhausen alle Bestattungsarten außer Friedwaldbestattung möglich sind; in 2-3 Jahren soll mit einer weiteren Überarbeitung der Satzung auch nochmals die Friedwaldfrage einbezogen werden.

Herr Pléw legt in diesem Zusammenhang Wert darauf, nicht vom Friedwald zu sprechen, sondern von naturnaher Bestattung.

Der Umweltausschuss berät die Drucksache B/15/2409-01 zustimmend vor,

4. Änderung der Gebührentarife für die Friedhöfe der Stadt Oberhausen (Friedhofsgebührensatzung) Vorlage: B/15/2444-01

Herr Bandel kündigt für die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf an.

Nach kurzer Aussprache stellt die Vorsitzende fest, dass der Umweltausschuss die Drucksache B/15/2444-01 vorberaten hat.

5. Vorberatung Haushalt 2013

Frau Janßen erinnert an die Abstimmung im Ältestenrat, aus formellen Gründen muss in der heutigen Sitzung der Haushaltsplanentwurf 2013 vorberaten werden.

Sie eröffnet die Vorberatung zum Haushalt 2013 unter Hinweis auf den von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsplanentwurf. Frau Janßen weist darauf hin, dass aufgrund der zeitlichen Erfordernisse im Rahmen der Haushaltsplanung 2013 der Haushaltsplan der Stadtverwaltung Oberhausen nur in digitaler Form zur Verfügung gestellt wurde.

Zur Vorberatung stehen die Teilergebnispläne und die Teilfinanzpläne an.

Sie ruft die folgenden Produktbereiche auf:

Produktbereich 01 - Innere Verwaltung - Seite 78 - 100

Produktbereich 02 - Sicherheit und Ordnung - Seite 101 - 120

Produktbereich 05 - Soziale Leistungen - Seite 151 - 163*

Produktbereich 09 - Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen - Seite 198 - 209

Produktbereich 10 - Bauen und Wohnen- Seite 210 - 222

Produktbereich 11 - Ver- und Entsorgung - Seite 221 - 232

Produktbereich 13 - Natur- und Landschaftspflege - Seite 265 - 276

Produktbereich 14 - Umweltschutz - Seite 277 - 286

Da es dazu keine Wortmeldungen gibt, stellt Frau Janßen die Vorberatung fest.

6. Haushaltssanierungsplan 2013 ff.
Vorlage: B/15/2400-01

Der Umweltausschuss berät die Drucksache B/15/2400-01 ohne Wortmeldung vor.

7. 8. Änderungssatzung zur Feuerwehrsatzung der Stadt Oberhausen
Vorlage: B/15/2437-01

Der Umweltausschuss berät die Drucksache B/15/2437-01 nach kurzer Aussprache vor.

8. Änderung der Taxen- und Tarifordnung
Vorlage: B/15/2441-01

Der Umweltausschuss berät die Drucksache B/15/2441-01 vor.

9. Änderung der Volksfestsatzung
Vorlage: B/15/2454-01

Auf Nachfrage vor Herrn Bandel stellt Herr Ohletz klar, dass im Vorfeld mit dem Vorsitzenden des Schaustellervereins Oberhausen - Herrn Schütze - gesprochen wurde.

Der Umweltausschuss berät die Drucksache B/15/2454-01 vor.

10. Störfallbetriebe in Oberhausen
Konsequenzen aus der Seveso-II-Richtlinie für die Bauleitplanung und die Genehmigungspraxis bei Bauvorhaben
Vorlage: M/15/2458-01

Die Vorsitzende begrüßt ganz herzlich Herrn Dipl-Ing. Farsbotter vom TÜV- Nord, der als Gutachter und Referent zum Thema Seveso II-Richtlinie vortragen wird.

Frau Beigeordnete Lauxen erläutert eingangs die Beweggründe der Stadt Oberhausen, das Gutachten in Auftrag zu geben. Sie schlägt vor, dass es den Fraktionen, zumindest in Auszügen, zur Verfügung gestellt wird.

Die Vorsitzende erteilt Herrn Farsbotter das Wort für eine mündliche und visuelle Präsentation der Ergebnisse des Gutachtens. Herr Farsbotter fasst die rechtliche Situation zusammen und erläutert die technischen Prüfungsinhalte und den Abstimmungsprozess zur Festlegung der Achtungsabstände um die Störfallbetriebe.

Herr Vöpel dankt anschließend für den Vortrag und begrüßt, dass sich die Stadt Oberhausen mit diesem Thema systematisch und offensiv auseinandersetzt. Auf seine Nachfrage hin erläutert Herr Farsbotter, dass transportbedingte Risiken von der Richtlinie nicht abgedeckt sind; auch er hält dies persönlich für in der Bevölkerung schwer nachvollziehbar.

Gerichtet an Herrn Flore stellt Herr Farsbotter zusätzlich klar, dass Kesselwagen mit Gefahrgut nur dann unter die Richtlinie fallen, wenn sie Bestandteil einer Anlage sind, die bereits der Störfallverordnung unterliegt.

Herr Beigeordneter Motschull ergänzt, dass zur Zeit Gespräche mit der Air Liquide Deutschland GmbH laufen, mit dem Ziel einer freiwilligen Vereinbarung zur bestehenden Genehmigung nach Bundesimmissionschutzgesetz für die Lagerung von Gasen.

Die Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Farsbotter.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/15/2458-01 zur Kenntnis .

11. Konsequenzen des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz für die kommunale Abfallwirtschaft
Vorlage: M/15/2464-01

In ihrer Einführung rückt die Beigeordnete Frau Lauxen zwei wesentliche Aspekte des neuen Gesetzes, nämlich Elektroaltgeräte und stoffgleiche Nichtverpackungen ins Blickfeld. Wichtig ist, eine umweltgerechte und gebührenstabile Regelung zu finden, so Frau Lauxen. Während es für den Umgang mit Elektroaltgeräten eine klare rechtliche Regelung gibt, hat der Bund die erweiterte Wertstofferfassung noch nicht entschieden. Hier geht es noch um die Fragen wer die

Erfassung, die Verwertung und die Vermarktung organisiert und ob es eine Finanzierung über das Duale System Deutschland oder über ein anderes System geben wird. Solange diese Fragen nicht geklärt sind und es keine verlässliche Regelung gibt, sollten aus Sicht der Beigeordneten keine vorschnellen Sammlungen durchgeführt werden. Insofern ist die heutige Vorlage als erster Vorbericht zum Thema anzusehen.
Auf Nachfrage von Herrn Axt, Herrn Vöpel und Herrn Bandel zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Rahmen der Erfassung von Elektroaltgeräten verspricht Frau Lauxen einen konkreten Vorschlag im 1. Halbjahr 2013.

Herr Beigeordneter Motschull ergänzt, dass ordnungspolitische Maßnahmen schwer durchsetzbar sind. Die Personalkapazität in den Ordnungsbehörden ist nahezu ausgeschöpft, zumal auch andere neue gesetzliche Regelungen wie beispielsweise das Nichtraucherschutzgesetz durch die Ordnungsbehörden umgesetzt werden soll.
Hier ist dringend über Personalaufstockung nachzudenken.
Desweiteren ist die Durchsetzung verwaltungsrechtlicher Maßnahmen bei Menschen aus anderen Ländern (viele gewerbliche Schrottsammler sind ausländische Bürger aus Staaten ohne Rechtshilfeabkommen) äußerst problematisch.

Die Vorsitzende hofft auf eine kreative Lösung, die nicht nur eine Ordnungspolitische sein darf und erwartet, dass bei der zügigen und möglichst gebührenneutralen Umsetzung der neuen Rechtslage soziale Aspekte und der demografische Wandel berücksichtigt werden und die Stadtsauberkeit im Vordergrund steht.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/15/2464-01 zur Kenntnis .

12. Vollzug der Baumschutzsatzung im privaten Bereich für das Jahr 2011 Vorlage: M/15/2366-01

Herr Arlt geht auf die Angaben der Vorlage ein, wonach von den gestellten Fällanträgen mit ca. 90 % der allergrößte Teil genehmigt wird. Er leitet daraus ab, dass die Bürgerschaft sehr sorgsam mit dem Baumbestand umgeht und insoweit die Baumschutz-Satzung nicht mehr benötigt wird.

Dem widerspricht Herr Czichy für die Verwaltung, indem er auf die Vielzahl von Beratungsgesprächen hinweist, in denen Fragesteller/innen davon überzeugt werden, dass ihr Wunsch nach Baumfällung aufgrund der Schutzregelungen für den Baumbestand keine Aussicht auf eine erfolgreiche Antragstellung hat. Dabei gibt es teilweise erheblichen Ärger und längerwierige Diskussionen, in den meisten Fällen wird im Ergebnis von einem Fällantrag Abstand genommen.
Insofern unterstützt er persönlich auch die vom Rat im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 2008 festgelegte Beibehaltung der Baumschutzsatzung.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/15/2366-01 zur Kenntnis

13. Vollzug der Baumschutzsatzung im öffentlichen Bereich für das Jahr 2011 Vorlage: M/15/2428-01

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/15/2428-01 zur Kenntnis

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 16:10 Uhr

Vorsitzende
Anne Janßen

Schriftführerin
Sabina Scholz